



Pressemitteilung

Bundestagsabgeordnete Gabriele Schmidt (CDU) im Informationsgespräch mit der Fachstelle Sucht des Baden-Württembergischen Landesverbandes für Prävention und Rehabilitation gGmbH

Die Bundestagsabgeordnete Gabriele Schmidt (CDU) war der Einladung von Roswitha Klotz-Birk, Leiterin der Fachstelle Sucht in Waldshut gerne gefolgt. Am Gespräch nahm außerdem Christian Heise, Geschäftsführer des Baden-Württembergischen Landesverbandes für Prävention und Rehabilitation (BWLV) teil. Der BWLV ist der größte gemeinnützige Träger der Suchtkrankenhilfe in Baden-Württemberg, zu dem auch die Fachstelle in Waldshut zählt.

Die Fachstelle Sucht beschäftigt derzeit rund acht Vollzeitstellen und gliedert ihre Arbeit in die vier Bereiche: Beratung, Behandlung, Nachsorge und Selbsthilfe. Dabei sind die Angebote der Fachstelle sehr spezifisch aufgestellt. So gibt es beispielsweise Beratungsgruppen für Frauen, Arbeitslose oder Senioren. Besonders beeindruckt zeigte sich die Abgeordnete darüber, dass die insgesamt 21 Selbsthilfegruppen im Landkreis Waldshut von ehrenamtlichen Kräften begleitet werden.

Die Leiterin der Fachstelle betonte während des Gesprächs, dass die Beziehungsarbeit in der Fachstelle eine zentrale Bedeutung hat. „Wir sind bestrebt, unsere Mitarbeiter langfristig zu beschäftigen. Eine Vertrauensbasis zwischen unseren Mitarbeitern und den Betroffenen ist in unserer Arbeit sehr wichtig. Sie erreicht einen offenen Austausch und somit eine bessere Erfolgsquote“, so Roswitha Klotz-Birk. In der Regel liegt die langfristige Erfolgsquote bei Alkoholabhängigen zwischen 50 und 70%.

Die Fachstelle in Waldshut arbeitet unter anderem eng mit Rehakliniken zusammen. Diesbezüglich bemängelte Geschäftsführer Christian Heise während des Besuchs der Abgeordneten die derzeitige Verteilung der Gelder an die Rehakliniken. Diese werden anhand der Anzahl der Einwohner im jeweiligen Bundesland verteilt. Christian Heise fordert eine Berechnung anhand der Patientenzahlen und der Kostenstruktur des jeweiligen Bundeslandes. Eine allgemeine Unterfinanzierung sei ohnehin zu beklagen. Das Leistungsangebot und die Anforderungen an die Rehakliniken werden stets umfangreicher, jedoch stünden keine Mittel für Investitionen zur Verfügung.

Gabriele Schmidt interessierte sich während des Gesprächs außerdem für die Meinung der Experten zur derzeit diskutierten Legalisierung von Cannabis-Produkten. Christian Heise sieht eine Freigabe dieser sehr kritisch. Zum einen ist die Dosis des Wirkstoffes in Cannabis-Produkten heute um ein vielfaches höher. Zum anderen würde mit einer Legalisierung die falsche Botschaft transportiert. „Cannabis wird von einer Minderheit konsumiert. Eine Freigabe hingegen würde ein gegenteiliges Signal aussenden“, so der Geschäftsführer. Zudem sei Cannabis eine sehr gefährliche Droge. Rund 50% der Patienten in Sucht-Rehakliniken sind auf Grund einer Cannabis-Abhängigkeit in Behandlung. „Die gesundheitlichen Folgen können massiv ausfallen, da der Konsum von Cannabis häufig zu einem frühen Ausbruch von Psychosen führt“, erklärte Roswitha Klotz-Birk. Die Erläuterungen bestätigten die Abgeordnete in ihrer Ablehnung der Cannabis-Freigabe.